

punkt



Oktober 2005
14. Jahrgang Ausgabe 72

Das Magazin aus Berlin für den EU-Arbeitsmarkt und die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds

Kulturwirtschaft – Wachstumsmotor für Berlin

Siehe Seiten 3–5

11%

Anteil der Kulturwirtschaft am Berliner BIP



2005

6
Projekte in Berlin –
Unternehmerinnenzentrum

10
Strukturfonds –
Europa-Bustour in Berlin

12
Beschäftigung –
Mitbestimmung im Vergleich



Inhalt

3 Europäische Projekte

Creative Energy
bei Christiania

6 Projekte in Berlin

- Unternehmerinnen in Charlottenburg-Wilmersdorf
- Interkulturelles Netzwerk in Tempelhof-Schöneberg

8 Berlin in Europa

Ost-West-Begegnungsstätte

10 Strukturfonds

Bustour des Senats zu EU-Förderprojekten in Berlin

12 Beschäftigungspolitik

Mitbestimmung im Vergleich

14 Auf den Punkt

- *Karikaturausstellung: „Hallo, Nachbarn“*
- *Wirtschaftsbericht III/2005*
- *Luftreinhalteplan in Europa*

16 Schlusspunkt

- *Buchbesprechung: Frauennetze im Internet*
- *Zu Recht gefragt: Schutzbedürfnis für Rentner?*



Kontakt:

Volkmar Strauch
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Arbeit und Frauen
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

Tel.: (030) 9013-7431; Fax.: (030) 9013-8170
E-Mail:

volkmar.strauch@senwaf.verwalt-berlin.de

Kulturwirtschaftsbericht:

www.berlin.de/senwiarbfrau/doku/wirtschaft/kulturwirtschaft.pdf



Staatssekretär für Wirtschaft
Volkmar Strauch

Kulturwirtschaft in Berlin

Die außergewöhnliche Vielfalt und Qualität kultureller Angebote und Unternehmungen zeichnet Berlin vor anderen großen Städten Deutschlands und Europas aus. Seit langem wird aber auch die Kulturwirtschaft als Wirtschaftsfaktor begriffen. Hierbei hat Berlin derzeit noch einen Rückstand gegenüber anderen deutschen und europäischen Städten.

Die Kulturwirtschaft umfasst unterschiedliche Bereiche des erwerbswirtschaftlichen Sektors. Dazu zählen der Presse- und Buchmarkt, die Film- und Fernsehwirtschaft, der Kunstmarkt, Softwareentwicklung/Datenbankanbieter/Telekommunikation, natürlich die Musikwirtschaft, Werbung, Architektur & Kulturelles Erbe sowie nicht zuletzt die Darstellende Kunst.

Berlin profitiert wirtschaftlich von dem Neben- und Miteinander von Szenekultur und traditioneller Hochkultur, dem Ineinandergreifen von Kulturerbe, Kunst, Medien, neuen Technologien und multikulturellen Einflüssen. Diese besondere Mischung bedingt Berlins Ausnahmestellung in Deutschland und bezeichnet eine wesentliche Parallele zu London und New York.

Die Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie für Wissenschaft, Forschung und

Kultur haben im Mai gemeinsam den ersten Kulturwirtschaftsbericht veröffentlicht: Die Kulturwirtschaft in Berlin trägt zum erheblichen Teil zur Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt bei. Über 18.000 zumeist kleine und mittelständische Unternehmen der Kulturwirtschaft erwirtschafteten 2002 einen Umsatz von über 8 Mrd. EUR und erreichten damit einen Anteil von rund 11 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Berliner Wirtschaft.

Damit erreichen die Umsätze der Berliner Kulturwirtschaft in etwa das Niveau des verarbeitenden Gewerbes. Mehr als 90.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten hier. Das entspricht rund acht Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin. Ihre Zahl stieg von 1998 bis 2002 um rund 7%.

Langfristig ist das Thema Kulturwirtschaft nicht nur kultur- und wirtschaftspolitisch, sondern auch in einem Kontext mit Bildung und Stadtentwicklung zu sehen. Denn Kulturwirtschaft ist ein stadtpolitisches Thema, das mit Blick auf den Wettstreit der Städte in Deutschland und in Europa von enormer Bedeutung sein wird.

Lesen Sie dazu auch den Bericht auf Seite 3 („Kulturwirtschaftliches Innovationszentrum Christiania“)



Kulturwirtschaftliches Innovationszentrum Christiania

Kunst kommt von Können

Das Bezirksliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit des Bezirksamtes Mitte hat im Frühjahr im Rahmen des Programms „Wirtschaftsdienlicher Maßnahmen“ das Projekt „Kulturwirtschaftliches Innovationszentrum Christiania“ mit auf den Weg gebracht. Eigens für dieses Projekt hat sich die „Kulturwirtschaftliche Entwicklungspartnerschaft“, vertreten durch die L.I.S.T. GmbH, mit den Partnern „Kulturwerk des BBK Berlin gGmbH-Atelierbüro“, Quartiersmanagement Soldiner Str. und Förderband e.V., gegründet. Das Projekt begann am 15. März diesen Jahres und wird zunächst für 1 Jahr aus EFRE-Mitteln gefördert.



Das Quartier um die **Soldiner Straße** ist ein benachteiligtes Gebiet, wo der Strukturwandel der letzten Jahre, gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, besonders deutlich wird. Durch stadtweite Veränderungen, aber auch durch die Bemühungen des Quartiersmanagements, hat der Wedding in letzter Zeit eine Akzeptanz unter Kulturschaffenden als Arbeitsort mit nicht mehr überall vorzufindenden Freiräumen erfahren. Im Soldiner Kiez konnte sich die über die Grenzen des Bezirkes hinaus bekannte Künstlervereinigung „Kolonie Wedding“ etablieren.

An prominenter Stelle des Quartiers, an der Ecke Osloer Straße/Prinzenallee, steht das zum **Bürohaus** umgebaute ehemalige Umspannwerk „Christiania“ der Bewag aus den 1920er Jahren. Es



Das ehemalige Umspannwerk „Christiania“ der Bewag in der Osloer Straße Ecke Prinzenallee ist heute Heimstadt für Künstlerinnen und Künstler. Im Erdgeschoss lädt das Prime Time Theatre zu Vorstellungen.

war seit 6 Jahren ungenutzt. Es hat fünf Stockwerke und eine Nutzfläche von etwa 1.400 qm. Eine Nutzung war ohne größere Renovierungs- und Umbauarbeiten möglich. Bereits seit dem 1. 8. 04 ist das Erdgeschoss an das

prime time theater im Rahmen einer Zwischennutzung vermietet. Nach Verhandlungen war die Bewag bereit, das Gebäude für kulturwirtschaftliche Zwecke für zunächst 1 Jahr zu **Betriebskosten** zur Verfügung zu stellen.



Kontakt:
Bezirksamt Mitte von
Berlin

**Wirtschaftsförderung/
-beratung**

Tel.: (030)2009 24373/74

E-Mail: ertugrul.tolan@ba-mitte.verwalt-berlin.de

E-Mail: sabine.fechner@ba-mitte.verwalt-berlin.de



Stärkung der Creative Industries

Das Projekt dient der Stärkung und Etablierung der sogenannten „creative industries“ (Wirtschaftszweige, bei denen die Kreativität ein wesentlicher Input für die Erstellung der Produkte und Dienstleistungen ist). Die Ziele des Projektes entsprechen auch der Kulturwirtschaftsinitiative „Projekt Zukunft“ der Senatsverwaltungen für Kultur und Wirtschaft, wonach Kultur und Wirtschaftsförderung stärker verzahnt werden sollen.

Zusammenschluss von Freiberuflern

Durch Synergien sollen ferner neue Impulse zur Belebung der Wirtschaft und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vor Ort erzeugt werden.

Durch den organisierten Zusammenschluss von Freiberuflern aus den Bereichen der „creative industries“ soll diesen die Möglichkeit der unternehmerischen Entfaltung sowie der Erschließung neuer Arbeitsfelder gegeben werden.

Nachschauen bei: www.christiania.de

Für die Vermietung wurde bereits im Zusammenhang mit den Vorarbeiten im Jahre 2004 Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Die **Akquise von Mietern** wird im Sinne einer guten Gewerbemischung auch im laufenden Projektverlauf weiterhin nötig sein. Der **Internetauftritt** des Gründerzentrums, auf der Mietinteressenten ersehen können, welche Räumlichkeiten bereits vermietet bzw. noch frei sind, welche Gewerbetreibenden bereits Mieter sind und welche Aktivitäten im Hause stattfinden, ist dabei von großem Nutzen.

Im Hause gibt es Platz für etwa 20 Freiberufler in 10 bis maximal 15 Gewerbeeinheiten, die gleichzeitig den Kreis der zu Beratenden bilden. Inzwischen sind alle Räu-

me an Photo-, Mode- und Kunst-designer, Musikproduzenten, Bildende Künstler u. ä. vermietet. Mit den beteiligten einzelnen Jungunternehmern werden die Beratungsmaßnahmen und -inhalte besprochen und durch die Aufstellung von Maßnahmeplänen (Arbeitsteilung, Zeitplan) untermauert.

Neben dieser Einzelberatung werden problemspezifische Workshops mit allen interessierten Unternehmen durchgeführt.

Vision: Gründung einer Genossenschaft

Um auch die Wirtschaftskreisläufe im Bezirk anzuregen, soll eine Kooperation mit dem ansässigen Gewerbe und der Kolonie Wedding entstehen. Im Zuge der Vermietung des Bewag-Hauses soll auch die Vermittlung von leerem Gewerbe im Soldiner Kiez (vor allem an Freiberufler der „creative industries“) in den erweiterten Aufgabenbereich des Projektbüros einbezogen werden. Dafür werden vor allem die umfangreichen Kontakte des Quartiersmanagements zur Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO, aber auch zu vielen anderen privaten Vermietern von Nutzen sein. Für diese gelungene Zusammenarbeit spricht die langjährige Existenz von Kolonie Wedding. Damit sollen die positiven

vor allem kulturellen Entwicklungen, die im Quartier Soldiner Straße bereits existieren, mit den gewerblichen Aktivitäten des Gründerzentrums verknüpft werden, um positive wirtschaftliche Impulse für den Kiez zu setzen.

Späterer Erwerb des Gebäudes angepeilt

Nach Ablauf des Förderzeitraums sollen die Jungunternehmen sich soweit konsolidiert haben, dass sie in der Lage sind, mit der Bewag einen Staffelmietvertrag mit einem sich nur allmählich erhöhenden Mietzins abzuschließen, um die Nachhaltigkeit zu sichern.

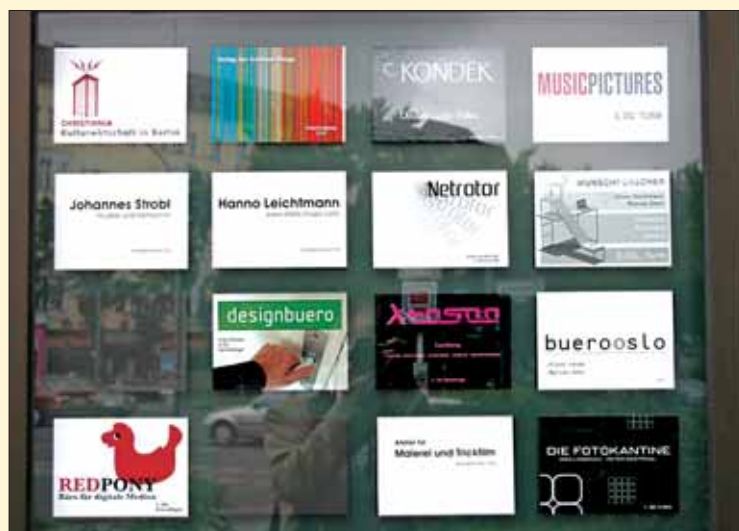
Eine Nutzung unter gleichen Bedingungen mit langfristiger Perspektive oder die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft mit dem Ziel eines späteren Erwerbs der Immobilie sind zwei mögliche Zukunftsvisionen. ■



Wunderschönes historisches Treppenhaus im Umspannwerk „Christiania“, das um 1920 erbaut wurde.



Büro Christiania
L.I.S.T GmbH
Holger Rasche
Tel.: 325 14 543
E-mail: hrasche@christiania.de
Homepage: www.christiania.de



Viele Künstler und Gewerbetreibende haben sich in der „Christiania“ angesiedelt.



Toll: Bewag stellt Gebäude ein Jahr nur zu den Betriebskosten!

Torsten Budäus sprach mit Holger Rasche, Projektleiter von Christiania

punkt: *Das Projekt Christiania ist im März dieses Jahres gestartet. Wie viele Mieter konnten Sie schon im ehemaligen Umspannwerk begrüßen?*

Holger Rasche: Erfreulicherweise sind derzeit alle unsere Räumlichkeiten vermietet. Tatsächlich haben sich 17 unterschiedlichste Unternehmen aus dem Bereich der Kulturwirtschaft bei uns niedergelassen. Dazu gehören Designer, Mediengestalter, Fotografen, bildende Künstler oder auch ein Musikbildverlag aus London. Hier arbeiten nicht nur junge start-up-Unternehmen, sondern auch solche, die sich schon seit einigen Jahren am Markt etabliert haben. Das ist schließlich auch das Ziel des Projekts, Unternehmen aus dem Bereich der Kulturwirtschaft, die das ganze Spektrum der kreativen Dienstleistungen umfasst, einen Start in eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft zu ermöglichen und möglichst an diesem Standort zu halten.

Kooperation statt Konkurrenz

punkt: *Gibt es denn auch den Effekt, dass die Mieter untereinander Aufträge vergeben, oder Konkurrenzsituationen?*

Holger Rasche: Sicherlich werden innerhalb des Hauses bereits kleinere Aufträge vergeben. Das ist aber nicht das Hauptgeschäftsfeld der Mieter. Konkurrenz untereinander gibt es hier nach der geschäftlichen Ausrichtung der Mieter kaum, dafür bearbeiten sie größtenteils zu verschiedene Felder. Dennoch ist es nicht auszuschließen, dass z. B. Medien- und Computerdesigner sich um denselben Auftrag bewerben könnten. Aber da einige der Mieter schon seit einigen Jahren am Markt sind, haben diese auch ihre Geschäftskontakte mitgebracht, so

dass es da kaum Überschneidungen gibt.

Unternehmensberatung gibt es gratis

punkt: *Die Bewag überlässt Ihnen für ein Jahr das Gebäude zu Betriebskosten, ein weiteres Jahr kostet die Miete nur 2 Euro pro Quadratmeter. Gibt es weitere Hilfen für die neuen Mieter?*

Holger Rasche: In unserem Konzept ist vorgesehen, dass die Mieter bei Bedarf eine Wirtschaftsberatung in Anspruch nehmen können. Bei der Bedarfsermittlung stellte sich jedoch heraus, dass gerade Mieter, die schon einige Jahre am Markt tätig sind, kaum Beratungsleistungen in Anspruch nehmen wollen. Die anderen Mieter haben hauptsächlich Möglichkeiten der Messförderung und Existenzgründungsberatung nachgefragt. Außerdem gibt es Unterstützung durch das Projektbüro bei der Etablierung eines Netzwerks innerhalb des Hauses und darüber hinaus. Die Einrichtung und Renovierung ihrer Gewerberäume müssen die Mieter jedoch allein tragen.

Der Förderung muss Kostendeckung folgen

punkt: *Was passiert, wenn nach 2 Jahren die Miete weiter steigt?*

Holger Rasche: Die Hauptintention dieses Projektes ist letztlich Unternehmen im kreativen Bereich zu fördern und dauerhaft anzusiedeln. Für die zwei Jahre, in denen die Mieter lediglich die Betriebskosten bzw. eine moderate Miete aufzubringen haben, müssen sie also wenigstens diese Kosten erwirtschaften und sich vor allem auf dem Markt etablieren. Das ist je nach Größe der Gewerberäume eine nicht zu unterschätzende Belastung. Nach

den ersten zwei Jahren sollen sie dann in der Lage sein, normale Gewerbemieten zu zahlen.

punkt: *Auf Ihrer Internetseite findet man den Verweis auf die Künstlerkolonie Wedding. Sind viele der Mieter aus der Kolonie Wedding?*

Holger Rasche: Nein, kaum. Die Kolonie Wedding hat aber auf jeden Fall dazu beigetragen, dass der Wedding für die Kunst und Kulturwirtschaft ein interessanter Ort geworden ist. So konnten wir immerhin einige Mieter, die vorher in anderen Bundesländern oder im Ausland tätig waren und sind, dazu gewinnen, direkt hier bei uns im Wedding ihren neuen Standort zu wählen. Perspektivisch wird der Wedding aufgrund seiner sozialen Struktur sicher kein zweiter Prenzlauer Berg oder Friedrichshain, aber wir sind hier immerhin im Regierungsbezirk Mitte und die Bornholmer Brücke ist nur einen Steinwurf entfernt. Der Vorteil des Wedding ist, dass es hier viel einfacher ist, seine Individualität nach außen zu tragen, weil man sich damit noch deutlich von der Umgebung abhebt. Und wenn ich in die Gesichter blicke, die mir auf der Straße begegnen, bemerke ich im Vergleich der letzten drei Jahre, dass die Kulturszene nachzieht.

Es bewegt sich also was im Wedding, nicht zuletzt auch wegen „Christiania“.





Projekte der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin



Kontakt:
Berliner
Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Dr. Sibylle Fitzner
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin
Tel.: (030) 90138607
E-Mail: sibylle.fitzner@senwaf.verwalt-berlin.de

In Berlin wird der lokale Ansatz der Europäischen Beschäftigungsstrategie überwiegend im Rahmen der **Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit** verwirklicht. Zielstellung der **Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit** ist es, durch die **Beteiligung von lokalen Akteuren und deren Vernetzung endogene Potenziale zu erschließen und damit Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze zu schaffen sowie die lokale Wirtschaft zu stärken.** **Bezirkliche**

Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit existieren in allen Berliner Bezirken. Aus der Vielzahl der von den **Bündnissen für Wirtschaft und Arbeit** initiierten **Projekte** sollen im Folgenden Beispiele vorgestellt werden, die aus Mitteln des Programms **„Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen Bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“** und des Programms **„Lokales Soziales Kapital Berlin“** gefördert werden (siehe punkt Nr. 65).

Unternehmerinnen und Gründerinnen ziehen in die Sigmaringer Str. 1 in Charlottenburg-Wilmersdorf

Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit in Charlottenburg-Wilmersdorf



Kontakt:
UCW-Geschäftsstelle
Inga Beiersmann
Sigmaringer Str. 1
10713 Berlin
Tel.: (030) 86313183
info@ucw-berlin.de
www.ucw-berlin.de

Mitten im belebten Geschäftszentrum Uhland-, Berliner-, Brandenburgische- und Blissestraße gibt es künftig für **Unternehmerinnen und Gründerinnen** eine Top-Adresse: Das **Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf – kurz UCW –** in der **Sigmaringer Str. 1.** Gedacht ist an **Arztpraxen und Anwaltskanzleien, Webdesign-Schmieden und Steuerberatungsbüros, Krankengymnastik und Coaching, Wellness und Marketing** sowie **gemeinnützig arbeitende Fraueninitiativen** wie beispielsweise der **Landesfrauenrat.**

Maßgeblich beteiligt an der Umsetzung sind das **Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA) Charlottenburg-Wilmersdorf** und die **Frauenbeauftragte des Bezirks** sowie ein **Beirat** unter Vorsitz der **Bezirksbürgermeisterin.** Die **GSE gGmbH,** eine **Treuhänderin des Landes Berlin,** verwaltet das Gebäude. Eine **Machbarkeitsstudie,** die über das Programm **„Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen der BBWA“** aus dem **EFRE** gefördert wurde, diente als Grundlage für das Vorhaben. Nicht zuletzt der **Unternehmerinnenstammtisch** in Charlottenburg-Wilmersdorf konnte die **Akteure/Innen** im **Bezirksamt** und andere **Unternehmerin-**

nen von der **Notwendigkeit eines solchen Zentrums** überzeugen.

Eine künftige Mieterin antwortete auf die Frage, ob das **UCW** fehlte, „Ja, weil es den Schritt in die **Selbständigkeit** erleichtert, dies **gemeinsam mit anderen** zu tun. In jedem anderen **Bürohaus** gibt es auch eine solche **Mischung.** Dort stelle ich es mir viel **schwieriger** vor, eine solche **Gemeinschaft** herzustellen, wie sie bereits jetzt, im **Vorfeld,** entstanden ist.“ Und so wird die künftige **Managerin** des Hauses, **Inga Beiersmann,** für **Beratungsangebote** sorgen, **Vernetzung** organisieren und die **Lobbyarbeit** betreiben. Weitere **Aufgaben** warten auf sie: **Marketing** und **Eventmanagement,** **Beratung** und **Öffentlichkeitsarbeit.** Doch vor allem sieht sie sich als **Vernetzerin.** Die **Entwicklung eines Marktplatzes,** die **PR-Arbeit** für das **UCW** und die **Organisation monatlicher Treffen** sind geplant. Die **Vermietung** des **Konferenzraums** und des **Turnsaals** sieht sie als eine **vordringliche Aufgabe.** Weitere **Mieterinnen** in dem **Hause** sind **Künstlerinnen,** denen im **Seitenflügel Ateliers** vermietet werden, auch **Ateliers** für **zeitlich begrenzt** in Berlin **tätige Künstlerinnen** aus dem **Ausland.** Von diesem **kreativen Potenzial** erhofft man sich eine **zusätzliche Attraktivität,** **Ausstellungen** oder auch

eine **gemeinsame Marketingstrategie.** Frauen, die auf dem **Weg** in die **Selbständigkeit** sind, klagen über **mangelnde professionelle Unterstützung.** Letzteres wird sich, so hofft der **Beirat** unter **Vorsitz** der **Bezirksbürgermeisterin** **Monika Thiemen,** das **Entscheidungsgremium** für die **konzeptionelle Durchführung,** mit dem **UCW** künftig ändern. Alle **Akteurinnen** in dem **Prozess,** von der **Idee-Entwicklung** bis zur **Realisierung,** haben sich zum **Ziel** gesetzt, ein **erfolgreiches Zentrum** zu kreieren, um vielen **Frauen** eine **Chance** zur **Selbständigkeit** zu geben. Die **Website** für das **Zentrum** steht schon: www.ucw-berlin.de und auch die **E-Mail-Adresse** info@ucw-berlin.de. Die **Räume** im **2., 3., 4. und 5. Stock,** rund **5.000 m²** zu einer **Anfangsmiete** von **6 EUR/m²** plus der **Kosten** für die **Nebenflächen,** sind bereits an **Unternehmerinnen** und **Gründerinnen** vermietet. Aber es liegt eine **Warteliste** für weitere **Bewerberinnen** vor und wer sich **informieren** möchte, kann dies **telefonisch** unter **(030) 86313183** in der **UCW-Geschäftsstelle** oder bei der **Frauenbeauftragten** des **Bezirks,** **Christine Rabe,** unter **(030) 9029-12690** tun. Diese hat mit ihren **Mitarbeiterinnen** ganz **wesentlichen** Anteil daran, dass es das **UCW** an **gutem Standort** gibt. ■





Interkulturelles Netzwerk für Unternehmerinnen nichtdeutscher Herkunft

Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Tempelhof-Schöneberg

Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen nichtdeutscher Herkunft vertiefen Fragen rund um die Existenzgründung und -sicherung und tauschen persönliche Erfahrungen, Probleme und Erkenntnisse aus ihrem Unternehmeralltag aus. Möglich ist dies im Rahmen des Projektes „Interkulturelles Netzwerk für Unternehmerinnen nichtdeutscher Herkunft“, das vom Programm Lokales Soziales Kapital gefördert wird. Unternehmerinnen benötigen vor allem in der Nachgründungsphase fachliche Unterstützung und persönliche Begleitung, um ihren Geschäftserfolg auch langfristig sichern zu können. Damit sich auch Unternehmerinnen nichtdeutscher Herkunft besser orientieren und den Herausforderungen einer erfolgreichen Unternehmensgründung langfristig gerecht werden können, sind die Einbettung ihres kulturellen Hintergrundes und die Förderung ihrer Sprachkompetenz wichtige Voraussetzungen.

Den oben skizzierten Anforderungen möchte das Projekt gerecht werden und widmet sich folgenden Aufgaben:

- Netzwerkveranstaltungen (Stammtisch o. ä.), Erfahrungsaustausch oder gemeinsame Besuche von Veranstaltungen bieten den Teilnehmerinnen Gelegenheiten zum weiteren Kennenlernen und zur Vernetzung.
- Die Veranstaltungen, Beratungen und Sprachförderungen werden von einem interkulturellen Team durchgeführt. Das gibt den Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich „ihre“ Vertrauensperson auszusuchen und eventuelle Berührungspunkte zu anderen Teammitgliedern langsam abzubauen.
- Eine erste Gruppe von zehn Unternehmerinnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und verschiedenen Berufsfeldern wurde über einen Zeitraum von vier Monaten begleitet. So fanden in dieser Gruppe u. a. eine Fotografin, ein Reinigungsdienst, eine Anbieterin für Französischkurse, eine Heilpraktikerin und eine IT-Beraterin zusammen. In intensiven Seminaren wurden Fragestellungen zu formellen Grundlagen der Existenzgründung, Marketing, Preisgestaltung und Steuerfragen behandelt. Diese Auswahl aus einem breiten Katalog an Existenzgründungsthemen richtete sich direkt nach dem Bedarf der Teilnehmerinnen. In den Seminaren wurde nicht nur Fachwissen frontal vermittelt, sondern die Teilnehmerinnen wurden dazu angeregt, sich in Fragen wie beispielsweise zum Außenauftritt ihres Unternehmens oder zur Kundengewinnung zu beraten. Auf diese Weise befruchteten sich die Teilnehmerinnen gegenseitig durch ihre persönliche Herangehensweise und ihr fachliches Know-how. Durch die Anwesenheit einer Sprachdozentin in den Seminaren konnten sprachliche Schwierigkeiten in der Regel sofort aufgefangen werden, da das Sprachni-

veau der Gruppe sehr hoch war. Einzelne Teilnehmerinnen haben, abgestimmt auf ihr jeweiliges Berufsfeld, eine zusätzliche sprachliche Förderung erhalten. Der gemeinsame Besuch der DeGut eröffnete den Teilnehmerinnen zusätzlich einen Pool an Informationsquellen und Beratungsangeboten.

Das vielfältige Angebot an Printmedien, Seminaren und Coaching-Einheiten wurde von den Teilnehmerinnen sehr engagiert aufgenommen. Neben den reinen Existenzgründungsthemen wurde zusätzlich ein Workshop „Präsentation des Unternehmens/einer Idee/eines Produktes“ durchgeführt.

Insgesamt konnten die Eigeninitiative der Teilnehmerinnen sowie der Austausch untereinander in hohem Maße gefördert werden. Die Möglichkeit, von anderen Unternehmerinnen in einer kleinen Gruppe zu lernen, wurde von den Teilnehmerinnen abschließend als positiv bewertet.

Von September bis Dezember 2005 hat eine zweite Teilnehmergruppe Gelegenheit, an einem Weiterbildungsprogramm zur Existenzgründung und Sicherung teilzunehmen. Bei der Vorbereitung der Seminare fließen die Ergebnisse aus der ersten Teilnehmergruppe mit ein. Da von den ehemaligen Teilnehmerinnen zusätzlich Raum für kulturellen und fachlichen Austausch gewünscht wurde, wurde ein Stammtisch eingerichtet, der einmal im Monat stattfindet und sowohl ehemaligen wie aktuellen Teilnehmerinnen sowie allen Interessierten offen ist. ■



Erfolgreiches Handeln muss gut vorbereitet sein: die angehenden Existenzgründerinnen bei einer Besprechung.

Achtung!

Bis 30. 10. 2005 können für 2006 in den Geschäftsstellen der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit Vorschläge für Projekte im Rahmen des Lokalen Sozialen Kapitals eingereicht werden. Antragsformulare und weitere Informationen unter: www.loskap-berlin.de

Kontakt:

Keya Choudhury
Politik Gestalten,
Vernetzen & Kommunizieren
Tel.: (030) 78096264
office@choudhury-berlin.de

und

Jutta Overmann
bbu consult
Tel.: (030) 54714739
info@bbu-consult.de



Schloss Biesdorf: Ost-West-Begegnungsstätte in Berlin und Stadtteilzentrum in Marzahn-Hellersdorf

Von Dr. Günter Peters, Vorstandsmitglied der Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf e.V.

Kleinod der Berliner Denkmallandschaft

Im jüngsten Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Nordosten Berlins leben über 250.000 Menschen. Hier vereinen sich scheinbar Gegensätze – die Großsiedlungen in industrieller Bauweise und 131 historische Bau- und Gartendenkmale, darunter das herausragende Denkmalensemble Schloss und Park Biesdorf.

An europäischen Vorbildern orientiert

Das Schloss Biesdorf ist eine spätklassizistische landschaftsbezogene Turmvilla im Stil der Schinkelschule. Das Schloss Biesdorf wurde 1867/68 nach Plänen des Königl. Baurates Heino Schmieden (1866 soziiert mit Martin Gropius) errichtet und ist an italienischen Vorbildern orientiert. Die klassisch strenge architektoni-

bund mit dem vorgelagerten Pleasureground. Der landschaftliche Stil ist aus der englischen Gartenkunst heraus entwickelt worden.

Das Schloss Biesdorf, den Park und das Gut erwarb 1927 die Stadt Berlin. In den letzten Kriegstagen im April 1945 brannte das Schloss vollständig aus. Bis auf die Umfassungsmauern war das gesamte Gebäude zerstört. Auf Veranlassung der Sowjetischen Militäradministration wurde 1946/47 eine schnelle provisorische Reparatur initiiert, wobei das Obergeschoss abgetragen und das Erdgeschoss durch Einziehen provisorischer Decken in der Raumhöhe reduziert wurde.



Die Park- und Ostseite des Schlosses Biesdorf.

Als besonders wertvolles Ensemble der Bau- und Gartenkunst des 19. Jahrhunderts bereichert es die Denkmallandschaft Berlins und des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf in überzeugender Schönheit mit einer der schönsten Parkanlagen in unserer Stadt. Zugleich stellen Schloss Biesdorf und der Landschaftsgartenbau- und gartenhistorisch, sozial- und kulturgeschichtlich ein Kleinod dar, das als Denkmalensemble insgesamt, aber auch als Baudenkmal und Gartendenkmal unter Schutz gestellt ist. Damit müssen sie so genutzt werden, dass ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet ist.

sche Ordnung und Proportion – meisterlich bis ins Detail gestaltet – gab dem Gebäude eine ausgewogene, anmutige Wirkung nach allen Seiten. Es steht seit 1977 unter Denkmalschutz. 1995 erfolgte die Eintragung als Denkmalensemble.

1889 erfuhr der zum Schloss gehörende Park eine Erweiterung auf 14 Hektar. Die Planung nahm Heinrich Brodersen vor, späterer Stadtgartendirektor von Berlin. Der Park wurde damit erstmals in eine klare Beziehung zum Schloss gesetzt. Die Parkanlage steht auf der Gartenseite im schönsten Ver-

Die Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte

Während der Feierlichkeiten zum 625. Jahrestag von Biesdorf im Jahre 2000 wiesen viele Bürger auf den großen Unterschied zwischen dem durch das Landesdenkmalamt wieder hergestellten Schlosspark und dem dem Verfall preisgegebenen Schloss hin. Aus einer Bürgerinitiative entstand am 01. 09. 2001 die Stiftung OST-WEST-BEGEGNUNGSSTÄTTE Schloss Biesdorf e.V. Ziel der Stiftung ist die Wiederherstellung des Schlosses Biesdorf in alter Schönheit und historischer Gestalt als einer geschichtsträchtigen und identifikationsstiftenden Stätte in Berlin und im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und die Schaffung einer „Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf“. Auch wenn bisher die Organisation und Durchführung von Arbeiten zur Erhaltung und Wiederherstellung des Schlosses Biesdorf bei Wahrung denkmalpflegerischer Ansprüche im äußeren Erscheinungsbild im Mittelpunkt



der Bemühungen des Vereins standen, wurde die multikulturelle Nutzung als „Ost-West-Begegnungsstätte“ nie aus den Augen verloren. Mit dem Abschluss der Hauptgestaltung der Außenhülle des Schlosses 2006/07 rückt dieser Aspekt neben dem Traum vieler Bürger vom Wiederaufbau des Schlosses immer mehr in den Vordergrund.

Grundsatz des Vereins: Bauen und nutzen

Das Gebäude wurde ab 1994 als sozial-kulturelles Zentrum und seit 2003 als Stadtteilzentrum Biesdorf genutzt. Betreiber und Nutzer ist

tiv und baute darüber hinaus die Kontakte zu weiteren Akteuren im Themenbereich Ost-West-Begegnung aus. So wurde in Kooperation mit den Berliner Wirtschaftsge-sprächen e. V. eine Veranstaltungsreihe aufgelegt, die sich z. B. mit dem Thema „EU-Osterweiterung: Chancen für die Berliner regionale Wirtschaftspolitik“ befasste. Ende 2004 fand ein Forum zum „Wirtschaftsstandort Berlin“ mit dem Staatssekretär für Wirtschaft Volkmar Strauch statt. Impulse für eine Arbeit in diese Richtung ergeben sich auch aus der engen Zusammenarbeit mit dem Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis e. V. und dem Marzahn-Hellersdorfer Städte-

Wilhelm von Siemens, der 1889 von seinem Vater Werner – dem Firmengründer – das Schloss mit dem Rittergut Biesdorf übernahm, hätte in diesem Jahr seinen 150. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlass veranstaltete der Verein „Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf e. V.“ eine Feierstunde und würdigte seine Verdienste.

Die Familie Siemens und ihr Wirken verleihen der Stiftung in Sachen Ost-West-Dialog auch heute noch neue Impulse. Die Siemens-Gründergeneration hat es vorgemacht. Sie wirkten in Russland, England, ja in der ganzen Welt. Damals verbanden Kabel die Kontinente und heute können es Ideen sein.



Peter von Siemens, Aufsichtsratsmitglied des Siemens-Konzerns und Urenkel von Wilhelm von Siemens, zu Gast im Schloss Biesdorf im Juli 2005.



Modell Schloss mit Obergeschoss.

der BALL e. V. Seit 1994 haben mehr als 360.000 Besucher die Kultur- und Jugendveranstaltungen, die Sport- und kulturellen Kurse, die monatlichen Konzerte und Ausstellungen besucht. Die Angebotspalette reichte im vergangenen Jahr u. a. von brasilianischer Malkunst bis zum Auftritt eines schwedischen Chors. Hinzu kommen die vielen Gäste, die in den rekonstruierten Parkanlagen Erholung und Entspannung suchen.

Die Stiftung „Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf e. V.“ unterstützt diese Bemühungen ak-

partnerschaftsverein e. V., der u. a. die Kontakte zu den osteuropäischen Partnerstädten Minsk und Budapest sowie Halton (Großbritannien) pflegt. Gäste aus den Partnerstädten empfinden den Besuch von Schloss und Park stets als einen Höhepunkt ihres Berlin-Aufenthaltes. Das unterstreicht auch den hohen touristischen Stellenwert des Denkmalensembles.

Vorbilder europäischen und globalen Denkens

Viele Jahre bewohnte die Familie Siemens das Biesdorfer Schloss.

Forum des Dialogs zwischen Ost und West

Die Entwicklung zu einer wahren Begegnungsstätte zwischen Ost und West rückt daher immer stärker ins Blickfeld. Das Biesdorfer Schloss, der Park und seine ehemaligen Bewohner sowie ihre jeweilige Geschichte zeigen eine Traditionslinie auf, an die die heutigen Nutzer mit der lebendigen Einrichtung eines Forums des Dialogs zwischen Ost und West anknüpfen. Mit der Verwirklichung des Traumes vom Wiederaufbau werden sich auch die Rahmenbedingungen dafür entscheidend verbessern und die überregionale Bedeutung des Schlosses wird deutlicher spürbar.

Ab Mitte Oktober ist eine Veranstaltungsreihe zu europapolitischen Fragen geplant. Zur ersten Veranstaltung am 17. Oktober 2005 „Der europäische Binnenmarkt – Chancen und Herausforderungen für den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg“ wird die Europabeauftragte und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Frau Monika Helbig, erwartet.

Die Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf lädt alle Interessierten herzlich dazu ein. ■

Kontaktadresse:
Stiftung Ost-West-
Begegnungsstätte
Schloss Biesdorf e. V.
Dr. Günter Peters
Maisweg 51, 12683 Berlin

Tel.: (030) 54708749
Fax: (030) 54708762



Eine Bustour zu verschiedenen Stationen, wo ESF- und EFRE-Mittel erfolgreich eingesetzt werden

Durch Europa in Berlin

Der Berliner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen lud am 3. August zahlreiche Journalisten zu einer Bustour ein, Projekte zu besuchen, wo erfolgreich EU-Mittel des EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) eingesetzt werden. Ziel war es, die Bedeutung und den Nutzen der EU-Strukturmittel für Berlin herauszustellen.

aus den Zielen 1, 2 und 3 zur Verfügung. Davon entfallen auf den EFRE insgesamt rund 766 Mio. EUR und auf den ESF einschließlich Ziel-3 rund 531 Mio. EUR. Der Landwirtschaftsfonds EAGFL-A umfasst 7,13 Mio. EUR, der Fischereifonds FIAF 0,75 Mio. EUR. Allein aus dem EFRE wurden von 2000 bis Ende 2004 rund 328 Mio. EUR investiert. Mit Mitteln des EFRE wurden im Bereich der ge-

Kommission, künftig im Rahmen der Strukturfonds den Bedürfnissen großer Städte stärker Rechnung zu tragen. Dieses hat die Kommission in ihren Vorschlägen zu den neuen Strukturfonds-Verordnungen bereits verankert. Die erste Station der Tour war ein ESF-Projekt, der Arbeitskreis Medienpädagogik e.V. (AKM). Der AKM bietet seit vielen Jahren im Rahmen eines Ausbildungsverbands, dem über 120 Berliner Medienbetriebe angehören, eine Reihe von dualen Ausbildungen im Bereich Medienwirtschaft an. Weitere Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote sind u.a. die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen in den Internet-Cafes des AKM sowie die Qualifizierung von Multiplikatoren aus Jugendhilfe und Schule in Medien- und IuK-Technologien im Rahmen des ESF-geförderten Projektes NEW MEDIA QUALIFIKATION (BITS 21) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport.



Senator Harald Wolf während eines Aufenthaltes, bei dem er und die mitreisenden Journalisten über die Ziele und Erfolge des Projektes informiert wurden.

Die Finanzmittel der europäischen Strukturfonds EFRE, ESF und EAGFL haben dem Land Berlin bislang eine erfolgreiche Förderpolitik ermöglicht. Erfolgreich war sie vor allem, weil sie auf die regionalen Belange abgestimmt werden konnte.

Dazu zählen vor allem der Ausbau der Technologiestandorte Adlershof und Buch, die Förderung im Rahmen des Quartiersmanagements in den diversen Berliner Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, zahlreiche Projekte der Umweltförderung sowie die Förderung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Insgesamt stehen der Stadt im Zeitraum 2000 bis 2006 etwa 1,3 Mrd. EUR Strukturfondsmittel

werblichen Wirtschaft und des Umweltschutzes 31.235 Arbeitsplätze dauerhaft geschaffen und gesichert. Der ESF hat von 2000 bis Ende 2004 mit rund 272 Mio. EUR in zahlreichen Maßnahmen die Qualifizierung und Unterstützung sowie die Beschäftigungs- und Anpassungsfähigkeit von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen gefördert. An den Fördermaßnahmen des ESF haben während dieses Zeitraums rund 100.000 Menschen teilgenommen.

Den Bedürfnissen großer Städte Rechnung tragen!

Mit hohem Interesse verfolgen wir daher die Vorschläge der EU-

Beschäftigungspotenziale bei Messen und Musik

Ein weiteres Aktionsfeld des AKM ist die gemeinsame Trägerschaft mit der ArGe Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH für die im Rahmen von EQUAL II geförderte Entwicklungspartnerschaft (EP): Berlin veranstaltet Arbeit. Ziel der EP ist die Erschließung der Beschäftigungspotenziale in den Zukunftsbranchen Messe, Musikwirtschaft und Entertainment der Metropole Berlin durch die Entwicklung neuer wirtschaftsnaher Ausbildungs- und Beschäftigungsstrategien zur Integration junger Menschen und Langzeitarbeitsloser in regionale und internationale Arbeitsmärkte. Die EU-Strukturmittel führen für Berlin damit zu einem Mehrwert, indem die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen gestärkt wird und die beruflichen



Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessert werden.

ÖKOPROFIT® für kleine und mittlere Unternehmen

Auf der zweiten Station, dem Jüdischen Krankenhaus von Berlin, wurde den Medienvertretern das EFRE-Projekt ÖKOPROFIT® vorgestellt. Das Ökologische Projekt für Integrierte Umwelttechnik ist ein modulares Beratungsprojekt für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen in Berlin. ÖKOPROFIT wurde in Graz für kleine, mittlere und große Unternehmen konzipiert. Das Projekt soll den Einstieg ins Umweltmanagement erleichtern, womit die Umwelt entlastet und die Kosten gesenkt werden. Das Angebot von ÖKOPROFIT® Berlin besteht aus mehreren Modulen und reicht bis zum Aufbau eines anerkannten Umweltmanagementsystems nach EMAS oder DIN EN ISO 14001ff.

In Berlin haben seit 2001 insgesamt 50 Unternehmen im Rahmen von 5 Workshopreihen an dem Beratungsprojekt teilgenommen. Dabei konnten bisher insgesamt 3,1 Mio. EUR eingespart und die Umwelt der Stadt um 2.600 t CO₂ entlastet werden. Dies entspricht

9.714.201 kWh. Zusätzlich wurden 1.315 Tonnen Abfall vermieden und der Wasserverbrauch um 54.916 m³ reduziert. Inzwischen startete in Berlin die 6. Workshopreihe. Auf der dritten und letzten Station wurde ein weiteres ESF-Projekt dargestellt: „SIGNaLE“ in Verbindung mit dem Ausbildungszentrum OTA-GmbH.

Das Projekt „SIGNaLE“ des Gehörlosenverband Berlin e.V. verzahnt mit seinem Ansatz erfolgreich die berufliche Qualifizierung und Integration gehörloser und hörgeschädigter Jugendlicher mit der Qualifizierung von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern (GSD). Durch ein gezieltes, bundesweit bisher einmaliges gebärdensprachliches Kommunikations- und Bewerbungstraining werden gehörlose und schwerhörige Auszubildende des überbetrieblichen Ausbildungszentrum OTA-GmbH in ihrer Berufsausbildung und in der Verbesserung ihrer Kommunikationsfähigkeit und Sozialkompetenz unterstützt. Dies schließt den kundigen Einsatz und Umgang mit GSD ein. Um dem Mangel an GSD entgegen zu wirken, qualifiziert „SIGNaLE“ bereits praktizierende GSD mit dem Ziel, dass sie die Prüfung als staatlich anerkannter/anerkannter GSD ablegen können.

Im Rahmen dieser Qualifizierung werden spezielle Kenntnisse für das Dolmetschen im Arbeitsleben vermittelt; die Praktika werden in der OTA-GmbH abgeleistet.

Studiengang für Gebärdensprachdolmetscher

Dem Engagement von „SIGNaLE“ und der OTA-GmbH ist die Einrichtung eines Studiengangs für GSD an der Humboldt-Universität zu Berlin mit zu verdanken. Dies ist der vierte Studiengang für GSD in der Bundesrepublik Deutschland. Das Projekt gewährleistet die verbesserte berufliche Integration hörgeschädigter und gehörloser Jugendlicher sowie die Erhöhung der Chancengleichheit für Hörgeschädigte durch mehr qualifizierte GSD und zum Abbau der Kommunikationsprobleme zwischen Hörenden, Hörgeschädigten und Gehörlosen in Beruf und Alltag.

Darüber hinaus wird übertragbares Wissen der Methodik und Didaktik von Kommunikations- und Bewerbungstrainings für hörgeschädigte und gehörlose Jugendliche bereitgestellt. Dies bewirkt wiederum die gesteigerte Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Berlins durch den neuen Studiengang für GSD. ■

„Berlin-Brandenburg goes to Europe“

Anlässlich der Informationsreise der EU-Referenten am 13. und 14. September 2005 nach Brüssel setzten sich sogar die Berliner und Brandenburger in „ein Boot“. Trotz aller Unterschiede vereint die beiden Länder die Sorge um den Rückgang der EU-Fördermittel in der neuen Haushaltsperiode.

So widmeten sich die ersten Fachvorträge dem neuen EU-Haushalt. Bei der Entscheidung über die finanziellen Höchstbeträge des EU-Budgets prallen nicht nur regionale sondern auch nationale Interessen hart aufeinander. Die Briten würden am liebsten

nur noch die zehn neuen und zugleich ärmeren Mitgliedsstaaten mit EU-Fördermitteln beglücken während die Spanier und Portugiesen nicht ganz auf die Förderung verzichten möchten. Nachdem sich der Europäische Rat im Juni 2005 nicht einigen konnte, muss jetzt nach einer neuen Lösung gesucht werden.

Berlin wäre nach dem gescheiterten Kompromissvorschlag nicht Ziel-1-Fördergebiet geworden, weil sein BIP über 75% des EU-Durchschnitts liegt. Es hätte aber als Ziel-2-Fördergebiet profitiert. Für die Ziel-2-Fördergebiete hätte Deutschland einen Förderbetrag

zur Steigerung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit (Lissabon-Strategie) erhalten.

Da Deutschland die Verteilung dieser Ziel-2-Mittel an sozioökonomischen Kriterien (wie z. B. der Arbeitslosenquote) ausrichten wollte, hätte Berlin etwas gelassener in die Zukunft blicken können. Als Ziel-3-Fördergebiet hätte Berlin außerdem seine Kooperation mit den Balkanstaaten fortführen können, obgleich der Vorschlag, die Ostseestaaten für Berlin auszuklammern, bedauerlich gewesen wäre. Wie es mit dem Budget weitergeht, wird sich frühestens im November zeigen. ■



Mitbestimmung in ausgewählten EU-Ländern: ein Vergleich

Im Bundestagswahlkampf 2005 waren auch Fragen der Tarif- und Unternehmenspolitik von Bedeutung. Dabei darf die europäische Dimension nicht außer Acht gelassen werden.

Eine europäische Regelung der Unternehmenskontrolle gewinnt zunehmend an Bedeutung. Grundsätzlich lassen sich zwei Unternehmensmodelle ausmachen: das dualistische Modell und das monistische Modell. Während das dualistische Modell den Vorstand mit der Geschäftsführung und davon getrennt den Aufsichtsrat mit der Kontrolle vorsieht, basiert das monistische System auf einem Verwaltungsrat, der beide Tätigkeiten wahrnimmt.

In der Praxis haben diese Modelle verschiedene Ausprägungen erfahren, die im Wesentlichen wirtschaftspolitisch und kulturhistorisch begründet sind.

Österreich: Ruf als Musterland des Korporatismus

Am ausgeprägtesten ist die Mitbestimmung in Unternehmen in Österreich.

Nirgendwo in der EU wird so selten gestreikt; zugleich arbeitet das Gros aller Beschäftigten tarifgebunden.

Größere Unternehmen sind zur Einrichtung einer dualen Führungsstruktur gesetzlich verpflichtet. Dabei ist der Aufsichtsrat, der den geschäftsführenden Vorstand zu überwachen hat, zu einem Drittel mit stimmberechtigten Arbeitnehmervertretern zu bestellen. Arbeitnehmervertreter bekommen diese Tätigkeit jedoch nicht vergütet.

Gleichwohl wird von ihnen erwartet, dass sie ihre Tätigkeit gewissenhaft ausführen.

Drittelaufsichtsrat auch in den neuen EU- Mitgliedsstaaten die Regel

Der Drittelaufsichtsrat ist auch in den neuen EU-Mitgliedsstaaten die Regel. Mit dem Beitritt kam zusätzlich das Gemeinschaftsrecht, das Regelungen für den sozialen Dialog vorsieht. So orientieren sich Organe der Aktiengesellschaft (AG) in den Beitrittsländern überwiegend an österreichischem und deutschem Recht, allerdings in abgestufter Form.

In der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik werden bereits bei AGs mit mehr als 590 Beschäftigten mindestens ein Drittel aller Mitglieder des Aufsichtsrates von den Beschäftigten gewählt.

Für Polen gilt eine ähnliche Regelung überwiegend in Betrieben, in denen der Staat Minderheitsaktionär ist. Zudem sieht in diesem Land das Privatisierungsgesetz von 1996 vor, dass in mehrheitlich dem Staat gehörenden Firmen zwei von fünf Aufsichtsratsmandaten von der Arbeitnehmerseite gestellt werden.

Außer in diesen Ländern sind Arbeitnehmer in Aufsichtsräten in Ungarn und vor allem in Slowenien vertreten. In slowenischen Firmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten können nach dem Mitwirkungsgesetz von 1993 mindestens ein Drittel der Mandate im Aufsichtsrat vom Betriebsrat nominiert werden, bei mehr als 1.000 Beschäftigten sind es sogar die Hälfte.

In den drei baltischen Ländern besteht nur in Lettland die Möglichkeit, die Führungs- und Kontrollgremien nach amerikanischem Muster eines monistischen Systems zu gestalten. Gesetzlich sind in den Kontrollorganen Lettlands, Litauens und Estlands keine Arbeitnehmervertreter vorgesehen.

Niederlande: attraktiver Standort für Holding- Gesellschaften

Anders als in Deutschland dürfen die Arbeitnehmer in großen Kapitalgesellschaften keine Kandidaten aus den eigenen Reihen ins Rennen schicken. Der Einfluss des Betriebsrats erstreckt sich somit im Wesentlichen auf ein Vorschlagsrecht externer Kandidaten, die lediglich den Gesamtinteressen des Unternehmens verpflichtet sind.

Von der Einrichtung eines Aufsichtsrats an der Konzernspitze befreit sind solche Gesellschaften, deren Aufgabe wesentlich in der Verwaltung oder Finanzierung von Unternehmen liegt, die mit ihnen verwoben sind, vorausgesetzt, die Arbeitnehmer sind zu mehr als 50 Prozent bei ausländischen Tochtergesellschaften beschäftigt.

Damit sind die Niederlande ein attraktiver Standort für Holding-Gesellschaften internationaler Unternehmen geworden. So waren es die Niederlande, die den Zuschlag für den Firmensitz erhielten, als 2000 die größten deutschen, französischen und spanischen Flugzeugbauer zum Luftfahrtkonzern EADS fusionierten. Mitbestimmung nimmt nun der Europäische Betriebsrat wahr.

In Schweden: Qualität der Mitbestimmung entscheidend

Das schwedische Modell der Unternehmenskontrolle, an dem sich mit Ausnahme Islands die anderen skandinavischen Länder orientieren, ist eingliedrig aufgebaut. Arbeitnehmerinteressen sind im Verwaltungsrat von AGs durch zwei betriebliche Arbeitnehmervertreter vertreten. Diese sind ordentliche Mitglieder und verfügen über das volle Stimmrecht im Rat. Seit 1988 gilt dieses Recht



Verantwortungsbewusste Mitbestimmung trägt zum sozialen Frieden bei.

sogar bei Unternehmen der Privatwirtschaft mit mehr als 25 Beschäftigten. Ab 1.000 Beschäftigten können drei Vertreter entsandt werden. Da allerdings die Größe des Verwaltungsrates nicht vorgegeben ist, gibt es auch keine Festlegung der Stimmenanteile. Nicht die Belegschaft wählt ihre Vertreter im Verwaltungsrat, sondern die im Betrieb aktive Gewerkschaftsorganisation entsendet sie. Dabei gibt es ähnlich wie in Deutschland einen Tendenzschutz, so dass diese Vertreter nicht über tarifrechtliche Fragen abstimmen dürfen.

Großbritannien als klassisches Land des monistischen Modells

Auch in Großbritannien gilt die monistische Unternehmensverfassung. Der das Unternehmen leitende und sich selbst kontrollierende Verwaltungsrat erhält seinen Auftrag aus der Gesellschafterversammlung. Der Verwaltungsratsvorsitzende führt die Geschäfte. Da er auch die anderen Mitglieder des Rates mit aussucht, bestimmt er seine Kontrolleure selbst.

Frankreich: geprägt von der Führungsschicht aus den Grandes Écoles

Zwei Verstaatlichungswellen im vorigen Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs und zu Beginn der achtziger Jahre führten dazu, dass der Staat zum größten Arbeitgeber wurde. Sein Einfluss auf die Wirtschaft suchte in Westeuropa seinesgleichen.

In den Verwaltungsräten der nationalisierten Firmen erhielten Arbeitnehmervertreter ein Drittel der Sitze.

Diese werden von der Belegschaft gewählt und haben das volle Stimmrecht.

Das Privatisierungsgesetz von 1994 sieht für ehemalige Staatskonzerne vor, dass drei bis vier stimmberechtigte Arbeitnehmervertreter dem Verwaltungsrat angehören müssen, darunter ein Vertreter der Belegschaftsaktionäre. Diese Regelung enthält damit noch keine Drittelparität, auch wenn sie weitgehender ist als die-



In London sind nicht nur die Doppeldecker eine Besonderheit, auch die Mitbestimmung ist anders als auf dem Kontinent geregelt.

jenige zuvor. Seit 1966 ist gesetzlich auch die Wahl des dualistischen Modells möglich; es findet in der Praxis jedoch kaum Anwendung.

Der Artikel ist eine gekürzte Version des Berichts „Mitbestimmung in ausgewählten EU-Ländern“ aus e.economy Nr. 27, herausgegeben vom Bundespresseamt.

**„Hallo, Nachbarn“ – Karikurausstellung
anlässlich des Deutsch-Polnischen Jahres in Berlin**

Vom 15. November bis 1. Dezember 2005 wird eine Ausstellung mit Karikaturen von polnischen und deutschen Karikaturisten in der Vertretung des Landes Brandenburg und Mecklenburg-Vor-

ropabeauftragte Frau Staatssekretärin Monika Helbig, werden Grußworte überbringen. Die Laudatio wird von Herrn Burkamp, dem Kurator der Ausstellung, gehalten.

Während der Ausstellung ist eine Veranstaltung mit der RBB-Radioredaktion „Inforadio-Forum“ mit Alfred Eichhorn zum Thema „Deutschland und Polen –

**Rok Polsko-Niemiecki
Deutsch-Polnisches Jahr
2005 / 2006**

Die Karikatur trägt den Namen „Der Bote aus Weimar“.

pommern, in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei Berlin, Referat Europapolitik, In den Ministergärten 1, 10117 Berlin gezeigt. Die Ausstellung wird am 14. 11. 2005 um 19.00 Uhr eröffnet. Die beiden Bevollmächtigten der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Bevollmächtigte beim Bund, Eu-

Distanz und Nähe“ geplant.

Termin: 30. 11. 2005 von 18.00 bis 20.00 Uhr.

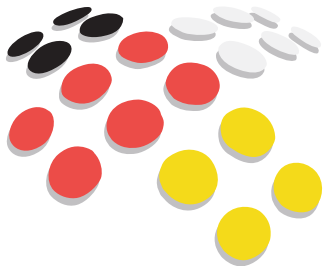
Information: (030) 9026 2246
oder
karin.geissler@skzl.verwalt-berlin.de,
www.berlin.de/EU

**Die Stadt ist wie ein Organismus:
Städteplaner schauen nach Europa**

Dank der Europäischen Union können auch die Stadtplaner, Architekten und Mitarbeiter des Bezirks Mitte einmal über den Tellerrand schauen. Durch das neue EU-Projekt „Urbanitas“ tauscht sich der Bezirk Mitte mit elf internationalen Partnern aus Ost- und Westeuropa wie z. B. Polen, Spanien, Frankreich, Rumänien, Bulgarien und Ungarn über städtische Brüche aus. Städtische Brüche sind zum Beispiel breite Straßen, Bahntrassen, Kanäle oder Industriebetriebe, die Nachbarschaften von einander trennen und den „Fluß“ der Stadt unterbrechen. Städtische Brüche, das sind aber nicht nur infrastrukturelle Brüche, das sind auch soziale Brüche, wenn Menschen aufgrund fehlender beruflicher Qualifikationen oder sprachlicher Fähigkeiten die unsichtbaren Mauern ihrer Wohngebiete nicht überqueren können. Armut kann dann zu einer Mauer werden. Mit infrastrukturellen und sozialen Brüchen hat auch der Bezirk Mitte zu kämpfen. Am 3. und 4. 11. werden die Projektpartner mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Kommission in einer Konferenz gemeinsam Lösungen für urbane Brüche des Bezirks Mitte suchen und mehr über die Erfolge bei der Überwindung von Brüchen im Bezirk Mitte erfahren. Anmeldung unter: sabine.schwarz@bamitte.verwalt-berlin.de.

**Wirtschaftsbericht
III/2005 erschienen**

In der Berliner Wirtschaft stehen die Signale weiter auf Erholung. Wichtige aktuelle Konjunkturindikatoren zeigen eine neuerliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit für das zweite Quartal dieses Jahres an. Die Industrie lässt offenbar die Flaute der ersten Monate hinter sich. Denn vor allem die Auftragslage der Indus-





trieunternehmen hat sich in jüngerer Zeit verbessert. Diese positive Tendenz dürfte auch verstärkt auf Unternehmensdienstleistungen ausstrahlen. Das ist der Tenor des III. Berichtes zur wirtschaftlichen Lage in Berlin für den Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni 2005, den die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen vorlegt.

Im Internet verfügbar unter:
<http://www.berlin.de/>

avanti findet wieder statt

Die 6. „avanti! Internationale Messe für Jobs, Bildung und Karriere“ wird am 11. und 12. Mai 2006 im Berliner Rathaus stattfinden. Jeder ist herzlich dazu eingeladen und auch potenzielle Aussteller auf der avanti! 2006 werden gern begrüßt.

Weitere Informationen werden Ihnen – sofern gewünscht – in den nächsten Wochen und Monaten zukommen.

Deutsche Gesellschaft e.V.
 Bundesallee 22
 10717 Berlin
 Tel. (030) 88 412 203
 Fax. (030) 88 412 223
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Bericht über die Ausschöpfung von Fördermitteln

Der Senat hat auf Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, einen Bericht an das Abgeordnetenhaus über die Ausschöpfung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) beschlossen. Bis Ende Juli 2005 waren insgesamt 61 Projekte der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit einem GAVolumen von 31 Mio. Euro bewilligt. Damit sind vom Bewilligungsrahmen 2005 für die wirtschaftsna-

he Infrastruktur mit einem Umfang von 103 Mio. Euro anteilig 30 % bereits belegt.

Bei der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur konzentriert sich Berlin auch in den nächsten Jahren bei neuen Vorhaben auf den Ausbau von Oberstufenzentren und deren Ausstattung. Daneben wird auch die Förderung der Geländerschließung für den Tourismus sowie von öffentlichen Einrichtungen des Tourismus an Bedeutung gewinnen. Weitere Schwerpunkte sind die Verbesserung von Verkehrsverbindungen für Gewerbegebiete und die Erschließung bzw. Wiederherstellung notwendiger Gewerbeflächen.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Telefon: 9013 7418

Ehrenamt: Wowereit stellte FreiwilligenPass vor



Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, präsentierte auf einer Pressekonferenz am 9. September 2005 im Roten Rathaus den Berliner FreiwilligenPass und übergab die zwei ersten Exemplare an langjährig verdiente ehrenamtlich Tätige. Künftig können den FreiwilligenPass Organisationen und Einrichtungen ausstellen, die dafür in einem kurzen, unbürokratischen Verfahren anerkannt wurden. Für die Anerkennung ist eine Arbeitsgruppe des Senats mit erfahrenen Akteurinnen und Akteure im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements unter Leitung der Senatskanzlei verantwortlich. Der Kreis derjenigen, die den FreiwilligenPass ausstellen können, soll schrittweise auf alle Engagement-

felder ausgeweitet werden. Die betreffenden Personen erhalten eine Anleitung zum qualifizierten Ausstellen des Nachweises.

Ein besonderes Merkmal der Berliner Lösung ist die niedrige Altersgrenze mit zwölf Jahren, die auch engagierten Schülerinnen und Schülern den Erwerb des Berliner FreiwilligenPasses ermöglicht.

Mit der auf 80 Stunden regelmäßigen Engagements innerhalb eines Jahres oder auf 200 Stunden in kurzfristigeren Projekten festgelegten Mindesteinsatzdauer soll eine Anerkennungsform geschaffen werden, die gleichberechtigt neben langjährigem Engagement auch projektbezogene Einsätze und temporäres Engagement würdigt.

Luftreinhalteplan in Europa

City-Maut, Umweltzone oder Fahrverbote. Der BUND gibt eine Übersicht, wie unterschiedlich Europas Städte auf die Überschreitung der Feinstaub-Grenzwerte reagieren. Das Europa-Büro der Umweltverbände hat in einer Umfrage die verschiedenen Maßnahmen erfasst und bewertet.

Vortrag, 25. 10. 05, 19 Uhr
 BUND, Crellestr. 35,
 10827 Berlin,
Teilnahmeentgelt: Spende für den BUND erwünscht
Anmeldungen unter:
 Tel. (030) 787900-0 erwünscht

Messen und Kongresse YOU Berlin 2005

Die Europäische Jugendmesse für Outfit, Sport und Lifestyle findet vom 28. 10. 2005 bis 30. 10. 2005 statt.

Ort: Messegelände, Messedamm 22, 14055 Berlin

Information:
 Tel.: (0228) 725390
<http://www.you.de>



Schachtner, Christina; Winker, Gabriele (Hg.):

Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten; Frauennetze im Internet



Campus Verlag, Frankfurt,
New York 2005,
ISBN 3-593-37726-8,
24,90 EUR

Bietet das Internet die Chance, eine frauenpolitische Stärkung der eigenen Kraft und Macht besser durchzusetzen, oder werden mit dem Web nur geschlechtsspezifische Ungleichheiten in den virtuellen Raum übertragen?

Um diese Frage zu klären, untersuchen mehrere Autorinnen und ein Autor in verschiedenen Aufsätzen, ob es Frauennetzen gelingt, das Internet für ihre Anliegen zu nutzen. Lässt sich im Internet eine Gegenöffentlichkeit herstellen, die die benachteiligte Position der meisten Frauen wiedergibt? Also die Interessen und Identitäten „von unten“ darstellt und formuliert in den folgenden Schritten: Information – Interaktion – politische Aktion?

Dieser Ansatz wird in zwei Teilen verfolgt: Auf welche Weise nutzen politische Frauennetze das Internet, um diese Gegenöffentlichkeit herzustellen, und auf welche Weise wird dort kommuniziert.

Ein wenig enttäuschend gestaltet sich der erste Teil, der kaum über grundsätzliche Aussagen hinaus kommt. Zwar wird dem Internet zugestanden, dass es die politischen Anliegen der Frauen unterstützen kann, aber dabei überwiegt derzeit der instrumentelle Nutzen (Informationsangebot) bei weitem gegenüber der Möglichkeit zu interagieren. Die USA, mit einem deutlich höheren Anteil von Frauen bei Internetnutzern sind da schon wesentlich weiter, wie gezeigt wird. Am aufschlussreichsten im ersten Teil ist der Hinweis auf www.frauenbewegung-online.de, der deutlich macht, wie eine verbesserte Information und Interaktion umzusetzen ist.

Der zweite Teil gestaltet sich hingegen sehr spannend, weil auf die Nutzerinnen eingegangen wird. Wer nutzt welche Foren, warum? Wie bewerten Frauen und Mädchen spezielle Internetangebote? Hier wird die Basis geschaffen,

wie sie das Internet nutzen und ihr Verhalten koordinieren und welche technischen Angebote dafür vorhanden sein müssen. Dieser recht praktisch angelegte Teil ist daher ein guter Leitfaden für eine erfolgreiche Kommunikationsarbeit im Netz. ■

Impressum

punkt erscheint 6 x jährlich
unentgeltlich

ISSN 1434-3991

Herausgeber und Bezugsadresse

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Arbeit und Frauen
Referat I E – Europäische
Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

Telefon (030) 90 13 70 27

Telefax (030) 90 13 75 20

E-Mail

punkt@senwaf.verwalt-berlin.de

Internet

www.berlin.de/punkt

Redaktion

Torsten Budäus

Konzeption und Realisation

SPREE-PR, Berlin

Fotonachweis

Archiv; Budäus; Europäische
Gemeinschaften; Landesarchiv
Berlin; Günter Peters; Senatsver-
waltung für Wirtschaft, Arbeit und
Frauen; SPREE-PR/Petsch

Layout und Titel

SPREE-PR/Rike Zappe

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gezeichnete Beiträge und Leserzuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Jeglicher Nachdruck von Beiträgen (auch auszugsweise) ist nur mit Quellenangabe gestattet und bedarf der Zustimmung des Autors. Die Zusendung eines Belegexemplars ist erforderlich. Für eingesandte Manuskripte, Vorlagen, Cartoons und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

punkt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

V.i.S.d.P. Peter Gut

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Oktober 2005, 14. Jahrgang/Ausgabe 72

ZU RECHT BEFRAGT

Ältere Mitarbeiter sind wegen Rentennähe nicht weniger schutzbedürftig als jüngere Kollegen

Eine 57 Jahre alte gelernte Bürokauffrau in der Gehaltsbuchhaltung wurde von ihrem Arbeitgeber aus dringenden betrieblichen Gründen gekündigt. Grund dafür waren Umstrukturierungsmaßnahmen. Ihre Aufgaben sollten nun von einer jüngeren Angestellten übernommen werden, die sie selbst angelernt hatte. Die Bürokauffrau klagte gegen diese Kündigung, wegen einer fehlerhaften Sozialauswahl. Sie sei auf Grund der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit und ihres Alters sozial schutzbedürftiger

als die jüngere Kollegin.

Das Gericht gab ihr in zwei Instanzen Recht: Arbeitgeber dürfen bei der im Rahmen von betriebsbedingten Kündigungen gebotenen Sozialauswahl nicht zu Lasten älterer Mitarbeiter berücksichtigen, dass diese wegen ihrer Rentennähe die Übergangszeit mit Arbeitslosengeld überbrücken können. Eine betriebsbedingte Kündigung ist nach § 1 Abs.3 KSchG unwirksam, wenn der Arbeitgeber bei der Auswahl des Arbeitnehmers die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Le-

bensalter, Unterhaltspflichten und eine Schwerbehinderung nicht hinreichend berücksichtigt hat. Der Arbeitgeber hatte die längere Betriebszugehörigkeit und das Alter der Klägerin bei seiner Auswahlentscheidung nicht berücksichtigt. Nach diesen Kriterien ist die Klägerin sozial schutzbedürftiger als ihre jüngere Kollegin, so dass der Beklagte dieser und nicht der Klägerin hätte kündigen müssen.

LAG Düsseldorf 12 Sa 616/05 ■